

berta

#852

05/06/14

**Magazin der
Studierendenschaft**



Sicherheit und Ordnung

Liebe Menschen,

Die jüngsten Ergebnisse bei der Europawahl haben es gezeigt: Law and Order scheint in unseren Breiten wieder einmal gefragt. Was nun auf europäischer Ebene in den Wahlergebnissen von AfD, Front National und Konsort*innen seinen Niederschlag gefunden hat, spiegelt sich auch auf lokaler Ebene. Hand in Hand gehen die Abschiebungen von Roma in Staaten des ehemaligen Jugoslawien mit

der Hetze gegen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Badischen Zeitung. Letztere liefern die Argumente dafür, Menschen in Gebiete abzuschieben, in denen sie direkt wieder der Gewalt ausgesetzt sind, vor der sie ursprünglich flohen. Gleichzeitig wurde der Kurs des Gemeinderats, mit dem KOD gewaltvolle Verdrängung der schulischen Sozialarbeit vorzuziehen, in der jüngsten Kommunal-

wahl bestätigt. Die Harte Hand scheint hoch im Kurs zu sein. Im aktuellen Heft wollen wir mal mehr, mal weniger ernst von den jüngsten Entwicklungen berichten, Kritik einen Raum geben.

Die Redaktion

Inhalt #852

HoPo

**Vorstandsbericht: Aktionstag
Hochschulfinanzierung**

S. 3

How to: StuRa- und Uniwahlen

S. 4

Gesellschaft

Rechte Erfolge bei der Europawahl

S. 6

Rassistische Berichterstattung in der BZ

S. 8

Berta exklusiv: Blaulichtbericht KOT

S. 10

BaWü schiebt Roma ab

S. 12

In eigener Sache

Brief wegen Cover der Berta #851

S. 13

Service

Nightline nun auch per Mail

S. 14

Service und Termine

S. 15

Studlive!

Pinguin Liste

S. 16

Warum geschlechtsneutral?

Der AstA tritt ausdrücklich für die konsequente Verwendung geschlechtsneutraler Formulierungen ein (z.B. das „große I“ oder den Gender-Star). Wir sehen dies als unverzichtbares, wenn auch nicht hinreichendes Mittel, um die tatsächliche Gleichberechtigung von allen Menschen in der Gesellschaft zu erreichen. Autor*innen, die von einer entsprechenden Schreibweise abweichen, sind dafür ausschließlich selbst verantwortlich.

Inhaltliche Verantwortlichkeit

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge spiegeln nicht die Meinung von Redaktion, AstA und/oder StuRa wieder. Sie sind, sofern nicht anders gekennzeichnet, Meinungen von Einzelpersonen.

Die Sonne scheint wieder!

Und auch wir Studierende haben einiges davon: Entgegen den Befürchtungen, dass uns durch Bologna jedwede Freizeit abhanden geht, konnten wir jetzt feststellen, dass der Universität unser Sommererlebnis dochraus am Herzen liegt.

War die neue Universitätsbibliothek bisher als „Raumschiff“ verschrien, offenbart sich im Licht der neuesten Enthüllungen eine ganz andere Idee hinter der strittigen Fassade. Dank der großen Fenster müssen wir Studierenden uns nicht mehr zwischen Sonnenbaden und Lernen entscheiden. Sogar unverspiegelte Fenster bauten die umsichtigen Herren und Damen ein, um uns ein Braunwerden auch im geschlossenen Gebäude zu ermöglichen. Nicht einmal auf Sonnenbrillen beim Lernen müssen wir verzichten.

Und auch wer keinen Platz im Gebäude findet, muss sich keine Sorgen machen. Dank Spiegelfassade und Pflasterboden wartet der Platz der alten Synagoge bald mit saunaähnlichen Temperaturen auf. Die vorgesehenen Wasserflächen sorgen sogar für Abkühlung und Wasserspaß.

Julian Zimmer, Matthias Gornik

Aktionstag Universität

Es geht „nur“ um die Finanzierung

Am 21. Mai fand, veranstaltet von der Landesrektorenkonferenz (LRK), der landesweite Aktionstag Hochschulfinanzierung statt. Um die Landesministerien auf die Unterfinanzierung der Hochschulen aufmerksam zu machen, fanden an allen Landesuniversitäten gleichzeitig Kundgebungen statt. Und der Tag war tatsächlich erfolgreich insofern, als dass der Finanzminister die Dringlichkeit der soliden Ausfinanzierung der Hochschulen anerkannt hat. Jedoch verwies er gleichzeitig darauf bis 2016 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu müssen. Sparvorgaben stehen also erneut gegen die notwendigen Inverstitionen im Bildungssektor.

Die Aufmerksamkeit der Minister*innen lag sicher auch am Medienecho, das der Aktionstag trotz der kurzfristigen Planung und vergleichsweise mäßigen Beteiligung erreichen konnte: Neben Radio Dreyeckland und UniCross, berichteten TV Südbaden mit Fokus auf die Freiburger Veranstaltung am detailliertesten, der SWR mit Blick aufs Land und Schwerpunkt Freiburg und auch das ZDF war fleißig am filmen, ausgestrahlt wurde unseres Wissens nach aber bisher nichts. Der Uni Freiburg war es auch tatsächlich gelungen Horst Hippler, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz und ehemaliger Rektor aus Karlsruhe und als solcher auch ehemaliger Vorsitzender der LRK, zu „gewinnen“, wie es unser Rektor und jetziger Vorsitzender der LRK ausdrückte. Hippler, seines Zeichens großer Unterstützer des Leitbildes der unternehmerischen Hochschule und Mitglied im Beirat des Zentrums für Hochschulentwicklung (CHE), erwähnte in seiner Rede die Universitäten nur am Rande. Ihm ging es in der Hauptsache um die Forschungseinrichtungen. Das an einer Universität tatsächlich jemand studiert schien für ihn ein notwendiges Übel. Gerade Herr Hippler konnte sich vor Interviewanfragen kaum retten.

Nicht, dass es mich überraschte, denn noch stank mir die Sache irgendwann: Schon im Vorfeld haben die Studierenden ihre Absicht klar geäußert, man wolle den

Aktionstag zwar unterstützen, sich aber nicht „vor den Karren spannen lassen“. Dementsprechend war die Rede, die vom Vorstand als studentischem Vertreter gehalten wurde, auch auf durchaus weitergehende Forderungen und Kritik am bisherigen Umgang mit den studentischen Forderungen ausgerichtet. Nicht nur, dass Herr Hippler offensichtlich ein Vertreter einer mehr als überkommenen Vorstellung von Hochschulen und dem Verhältnis des Rektorats zu den Studierenden ist, genauso wurden studentische Positionen aus jeglicher Berichterstattung vollkommen herausgelassen egal ob in Freiburg oder sonstwo. Ein Erfolg also scheint der Tag gewesen zu sein, nicht jedoch für die studentischen Interessen.

Unserem Rektorat fällt das – vielleicht verständlicher Weise – nicht auf. Dass die Studierenden schon seit vielen Jahren auf die strukturelle Unterfinanzierung hinweisen, die Herr Schiewer jetzt so vehement anklagt, spielt keine Rolle mehr. Darauf, dass wir Studierenden die Abschaffung und auf keinen Fall die Wiedereinführung jeglicher Gebühren fordern, wird gar nicht eingegangen. Einzig, dass die Unabhängigkeit von Drittmitteln von uns gefordert wurde, wurde anerkannt, indem man uns väterlich zu einem Gespräch einlud, um uns zu erklären, dass 80% der Drittmittel von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) eingeworben würden und somit sehr wohl eine unabhängige Forschung ermöglichen. Die Uni in Zahlen – damit auch wir sie verstehen – scheint ein leicht vorgebrachtes Argument, um sich eine qualitativen Kritik nicht stellen zu müssen. Auch dass auf diese Weise gleichzeitig kommuniziert wird, die Studierenden weinen uninformatiert, hätten keine Ahnung und würden sich nur von den billigen Plätzen her beschweren, wird durch das Rektorat entweder nicht bemerkt oder man geht davon aus, dass es uns nicht störe.

Die studentische Stimme – als zujubelnde durchaus willkommen (wie beim Aktionstag zu sehen) – wird ansonsten jedoch gerne ausgeblendet, sei es von Medien,

in Verhandlungen, durch das Land. „Studierende sind das Salz der Universitäten“, mit diesem Bekenntnis versuchte der Rektor den Studierendenrat vom gemeinsamen Aktionstag zu überzeugen, im Gesamtbild gesehen eine geradezu groteske Aussage: Wir sind nötig, damit überhaupt etwas möglich wird, gleichzeitig aber stumm und eher teilnahmslos? Der Aktionstag ging von der LRK aus. Die einzelnen Rektoren wandten sich dann an die Studierendenvertretungen der einzelnen Unis, nicht an die Landesstudierendenvertretung. Jene ist auch keine eigenständige Körperschaft des öffentlichen Rechts – ganz im Gegensatz zur LRK. Die Studierenden können nicht verhandeln auf Landesebene. Sie können keine Personen einstellen, keine Verträge unterzeichnen. Die Durchsetzungsmöglichkeiten unserer Ansichten bleiben weiterhin beschnitten.

Inwieweit es also geklappt hat, sich nicht „vor den Karren spannen zu lassen“ bleibt fraglich. Man hat als Masse vor der Bühne auf dem Bild der Kameras dem Einigkeit beschwörenden Rektor zugejubelt sowie den marktlogischen Aussagen des Herrn Hipplers, die wir von Anfang an abgelehnt haben. Dabei wurden unsere Positionen weder dargestellt noch verhandelt. Und wir hatten auch nie die Chance uns wirksam als Mitorganisator*innen dieses Tages einzubringen.

Dies muss für uns auch eine Anregung zur Selbstkritik sein und sollte uns kritisch stimmen, stehts darauf zu beharren ernstgenommen zu werden. Die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaften war ein großer Schritt, aber solange sich das Denken nicht verändert und wir weiterhin strukturell derartig eingeschränkt werden, dürfen wir uns nicht auf den Erfolgen ausruhen. Wer sich für die studentischen Positionen interessiert, der kann auf Radio Dreyeckland (rdl.de) oder der UniCrosshomepage (www.unicross.uni-freiburg.de) nachschauen.

Vorstand

Zwischen Räten und Ständeparlamenten

Die Studierendenrats- und Universitätswahlen stehen an

Die Pfingstpause – die Mehrheit von uns Studierenden wird in Bezug auf die kommende Woche vor allem an eine entspannte Woche denken. An Zeit in der Sonne, am See, beim Wandern, einen kleinen Urlaub vielleicht. Für viele der hochschulpolitisch aktiven läutet sie hingegen den Entspurt der Wahlkampf vorbereitung ein. Bereits in der zweiten Woche nach den Ferien finden wieder die Wahlen für die zahlreichen Unigremien statt. Entsprechend beginnt schon in der Woche nach der Pause unmittelbar der Wahlkampf mit seinen Plakatschlachten und Flyeraktionen.

Doch bevor wir uns im Wald der Slogans und Versprechungen der Listen verlieren, soll es hier um die Frage gehen, wenn und was wir da eigentlich wählen.

Zunächst ist da die Wahl der Mitglieder des Studierendenrats (StuRa). Das höchste Gremium der Studierendenschaft setzt sich zusammen aus Abgesandten aus den 33 Fachbereichen

und zehn Vertreter*innen der gewählten sogenannten Initiativen. Dabei haben die Fachbereichsvertreter*innen abhängig von der Größe ihres Fachbereichs je zwischen zwei und vier Stimmen und sind dabei über das so-

genannte imperative Mandat an das Votum ihrer Fachbereichsvertretung gebunden. Die zehn Vertreter*innen aus den Initiativen hingegen sind formal nicht an Beschlüsse ihrer jeweiligen Initiativen gebunden. Sie werden in

Wer in einer Fachbereichsvertretung – vielen besser bekannt unter dem Begriff Fachschaft – organisiert ist, wird bereits mitbekommen haben, wie Fachbereichslisten erstellt wurden. Genau diese werdet ihr in den entsprechenden Wahllokalen (Siehe Kasten) vorfinden. Um eine möglichst dauerhafte Vertretung des Fachbereichs sicherzustellen war es dieses Mal erstmals möglich, nicht nur, wie von der Uni im letzten Jahr vorgeschrieben, lediglich drei, sondern nun bis zu elf Vertreter*innen des Fachbereichs zu benennen. So kann, wenn ein*e Vertreter*in ausfällt, einfach die nächste Person von der Liste aufrücken.

Bei der Wahl der Initiativen, die neben den Fachbereichsvertretungen in den Studierendenrat gewählt werden, wird es dieses Jahr erstmals spannend. Galt bei der vergangenen Wahl der Slogan der HOCHSCHULGRUPPE „Wir sind sowieso schon dir“ so heißt es jetzt wohl eher „Eine fliegt“. Denn während sich im vergangenen Jahr zehn Listen auf zehn Plätze bewarben, sind es dieses Mal elf. Bei dem als Adamsverfahren bekannten Auszählmodus bekommen die zehn stimmstärksten Initiativen zunächst je einen Sitz. Nur, wenn weniger Listen kan-

didieren als Plätze vorgesehen sind, werden die dann verbleibenden Sitze gemäß der auf die gewählten Initiativen entfallenen Stimmen vergeben. Pro erhaltenem Sitz wiederum erhält eine Initiative eine Stimme im Studierendenrat.



Bald auch in der Uni zu finden: das Wahllokal

der Wahl am 25. und 26. Juni von allen Studierenden gewählt, während die Fachbereichsvertreter*innen von allen Hauptfachstudierenden des jeweiligen Faches am selben Tag gewählt werden.

Gerade dieser Abstimmungsmodus so wie diese Stimmgewichtung der einzelnen Initiativen waren Themen in den vergangenen Sitzungen des Studierendenrats. Verschiedene Vertreter*innen von Initiativen merkten an, dass sie mit dem Wahlverfahren unzufrieden seien und sich viel eher eine Proporzwahl wünschten, gemäß derer, wie beispielsweise auf bundespolitischer Ebene, die Sitze gemäß den Stimmanteilen entfallen sollten. Dem gegenüber argumentierten zahlreiche Vertreter*innen des AStAs, einiger Fachschaften und auch Initiativen, dass der Studierendenrat genau jenem Proporzdenken nicht entsprechen solle. So habe dieser Gedanke bereits bei der Entwicklung des Modells eine zentrale Rolle gespielt und sei schließlich im Rahmen einer Urabstimmung von allen Studierenden mit großer Mehrheit angenommen worden. Das Modell, so legten die Befürworter*innen des Adams-Verfahrens dar, diene dazu, möglichst viele Meinungen im Studierendenrat zusammenzutragen. Deshalb sollten auch möglichst viele Initiativen einen Sitz erhalten.

Doch auch wer es Ende Juni nicht in den Studierendenrat schaffen wird, sei es weil er*sie bei der Wahl der Initiativen nicht Mitglied einer der zehn stimmstärksten Listen ist oder einfach zu spät von der Wahl erfahren hat, hat noch immer die Möglichkeit im Studierendenrat mitzudiskutieren. Nicht umsonst ist der Studierendenrat ein offenes Gremium, in dem Anträge von jeder*m eingebracht werden können, wo sich aber auch jede*r an der Diskussion beteiligen darf. Wer abstimmen möchte, dem steht immer der Weg in die jeweilige Fachschaft offen. Hier darf immer abgestimmt werden, solange man im Hauptfach eingeschrieben ist, ganz gleich, ob man auf einer Liste steht oder nicht, regelmäßig oder unregelmäßig zu den Sitzungen der Fachbereichsvertretung erscheint. Auch die Mehrheit der Initiativen versteht sich als offen.

Neben den Wahlen des Gremiums der Studierendenschaft finden zeitgleich auch die Universitätswahlen statt. Hier dürfen wir Studierende einmal bei Fakultätswahl und einmal bei der Senatswahl antreten.

Bei der Fakultätswahl wird der sogenannte Fakultätsrat gewählt. Wie

der Name schon nahelegt, handelt es sich hierbei um ein zentrales Gremium auf Ebene der jeweiligen Fakultät. In dem Gremium, in dem, wie fast jedem anderen universitären Gremium auch, Studierende chronisch unterrepräsentiert sind, wird über Gelder und Stellen innerhalb der Fakultäten entschieden. In der Regel haben sich die Fachbereichsvertretungen bereits im Vorfeld auf eine gemeinsame Liste geeinigt, in der oftmals Vertreter*innen aus möglichst vielen Fächern innerhalb der Fakultät repräsentiert sind. So soll sichergestellt werden, dass nicht ein Fachbereich übermäßig vertreten ist, während andere bei den Entscheidungen außen vor bleiben. Wichtig ist der Fakultätsrat für uns Studierende insofern, als hier unter Anderem über die Berufungen von Lehrenden entschieden wird.

Als vierte große Abstimmung findet die Wahl über die studentischen Vertreter*innen für den Senat statt. Der Senat ist das wichtigste Gremium der universitären Selbstverwaltung. Hier werden Grundsatzentscheidungen getroffen und Gelder auf zentraler Ebene verteilt. Auch hier befinden wir uns Studierende mit nur vier von insgesamt 33 Sitzen in der absoluten Minderheit. Das letzte feudale System in der Bundesrepublik, wie es eine Professorin aus der Philosophie durchaus wohlwollend bemerkte, macht es möglich, dass die größte Statusgruppe gerade auf der höchsten uniinternen Ebene kaum etwas zu sagen hat. Aber dennoch ist die Abstimmung hier wichtig, denn immer wieder herrscht auch zwischen den anderen Statusgruppen Uneinigkeit und die studentischen Stimmen gewinnen unverhofft großes Gewicht. Für den Senat kandidiert neben zahlreichen Hochschulpolitischen Gruppen auch das Bündnis Verfasste Studierendenschaft (BVS) (siehe Kasten). Die BVS Listen haben sich zum Auftrag gemacht, die Meinung des Studierendenrats per imperativem Mandat in den Senat zu tragen und verstehen sich somit als überparteiliche Vertretung der Studierendenschaft.

Insgesamt sind wir Studierende also aufgerufen, uns an vier Wahlen zu beteiligen. Mehr denn sonst noch ist es notwendig, den Vertreter*innen der Studierendenschaft ein starkes Mandat zu geben. Denn neben der

ständigen Aneignung von Lehre und Forschung durch Drittmittel aus der Wirtschaft, drängt das Land mit seiner prekären Finanzierung die Universitäten dazu, von den neuen Möglichkeiten zu Gebühren für Studierende und Studienbewerber*innen Gebrauch zu machen. Mehr denn je brauchen wir Studierende nun eine starke Stimme. Mehr denn je gilt es aber auch, sich jenseits von den Wahlen einzubringen. Genau das macht das aktuelle Modell der Studierendenschaft stark.

Eric Steinsberger

Zur Studierendenratswahl antretende Initiativen

agd - agd

Bengalos - was ist denn da los, wo sind die ...

Campusgrün Freiburg - Die Grüne Hochschulgruppe

Die HOCHSCHULGRUPPE

Jusos - Juso HSG (Jungsozialisten)

Känguru - Asoziales Netzwerk

LHG - Liberale Hochschulgruppe

OFA - OFAMED (offene Fachschaft Medizin)

OFaMed - Ordentliche Fortsanwärter mit einigen Defiziten

RCDS - RCDS Freiburg (Ring christlich-demokratischer Studenten)

SDS - Die Linke.SDS (Sozialistischer Deutscher Studierendebund)

Zur Senatswahl antretende Listen

BVS - Bündnis Verfasste Studierendenschaft

Jusos - Juso HSG (Jungsozialisten)

RCDS - RCDS Freiburg (Ring christlich-demokratischer Studenten)

Eine Nachlese zur Europawahl

Ein brauner Tag für Europa?

Am Sonntag den 25. Mai waren Europawahlen. In der Berichterstattung wurde dieses Mal weniger über die als gering wahrgenommene Wahlbeteiligung von 43,11% gesprochen, viel mehr scheinen seitdem alle schockiert von dem guten Abschneiden und den Zugewinnen der Nazis, Rechten und RechtspopulistInnen(1) bei den Wahlen. Das ist natürlich mehr als verständlich, denn schaut man sich die Wahlergebnisse an, sind diese wirklich erschreckend.

RechtspopulistInnen klar auf dem Vormarsch

Am Abend der Europawahl lächelte mich eine strahlende Marie Le Pen von allen Internetseiten an. Mit ihrer extrem rechten Partei, dem Front National, gelang es ihr in Frankreich mit 25% der Wähler*innenstimmen die stärkste Kraft zu werden. Bei der letzten Europawahl hatte der Front National noch „nur“ 6,3% der Stimmen erlangen können, doch die Situation und Stimmung in Frankreich scheint sich deutlich verschärft zu haben. Aber nicht nur in Frankreich konnten die extrem rechten bis rechtspopulistischen Parteien erschreckende Gewinne und Wahlergebnisse einfahren. Auch in Dänemark wurde eine rechte Partei, die rechtspopulistische Dänische Volkspartei mit ca. 23% der Stimmen die stärkste Kraft. Auch in den als so vorbildlich und weltoffen geltenden skandinavischen Ländern konnten die rechten Parteien große Erfolge verzeichnen. So holten

die „Wahren Finnen“ 13% und die SchwedendemokratInnen knapp 10% der Stimmen in ihren jeweiligen Ländern. Auch in Österreich konnten die rechten Parteien noch weiter zulegen. Die FPÖ wurde bei dieser Europawahl von 20,5% der Abstimmenden gewählt und konnte so im Vergleich zur Wahl 2009 nochmals um 8% zulegen.

Erschreckend ist auch, welche Wahlergebnisse fast schon als Erfolg gewertet werden. So wurde sich beinahe darüber gefreut, dass in den Niederlanden die rechte Partei von Geert Wilders, die von 13,2% gewählt wurde, nicht die stärkste Kraft wurde. Dass 13,2% immer

vative Regierungspartei Fidesz von 51,5% gewählt wurde. Auch dies ist ein durchaus zu problematisierendes Ergebnis. In Griechenland wird darüber berichtet, dass ein Bündnis aus radikal linken Parteien Syriza stärkste Kraft wird, da scheinen die 9,4% der extrem rechten Goldenen Morgenröte geradezu eine Lappalie zu sein. Auch in Italien wird geradezu erfreut darüber berichtet, dass die demokratische Renzi-Partei mit ca. 41% der Stimmen stärkste Kraft wird. Dass die populistische und europaskeptische Fünf-Sterne-Bewegung 21% der Stimmen und die rechte Lega Nord 6% der Stimmen erlangen konnten, bleibt

auch hier eher eine Randnotiz. Ich schreibe dies deshalb so empört, weil ich finde, dass dies zeigt, wo wir in Europa im Moment stehen. Über durchaus problematische Ergebnisse wie die 9,4% der Goldenen Morgenröte in Griechenland wird praktisch nicht mehr berichtet, weil alle so schockiert sind von den 25% des Front National. Das ist die Realität in Europa. Da könnte man sich in Deutschland geradezu wohl fühlen, wenn man betrachtet, dass die rechtspopuli-

stische AfD „nur“ 7% der Stimmen, (und damit in etwa so viel wie die Linkspartei!) und die Nazi-Partei NPD „nur“ 1% erreichten. Doch das ist meiner Meinung nach die absolut falsche Logik. Egal ob 25% oder 1% jeder Faschismus muss problematisiert, kritisiert und bekämpft werden.



Rechts: Nigel Farage - Vorsitzender der UKIP
Noch weiter rechts: Marine Le Pen - Vorsitzende des Front National

noch ein sehr erschreckendes Ergebnis ist, bleibt bei solchen Formulierungen unscharf. In Ungarn konnte man sich anscheinend ebenso beinahe darüber freuen, dass die extrem rechte Jobbik Partei „nur“ von 14,7% der Wählenden gewählt wurde und damit immerhin von 6% weniger als bei der Parlamentswahl im April diesen Jahres. Hierbei ist nicht zu vergessen, dass die rechtskonser-

Nur ein brauner Tag in Europa?

Schaut man sich die Entwicklungen in Europa allein im letzten Jahr mal genauer an, kann dieses Wahlergebnis allerdings nicht verwundern. Ich möchte einige Ereignisse des letzten Jahres, die in den großen Printmedien, im Gegensatz zu der Empörung jetzt, wenn überhaupt nur am Rande Erwähnung gefunden haben, aufgreifen und beleuchten.

Genau vor einem Jahr am 5. Juni 2013 wurde in Paris der 18jährige Politikstudent Clément Méric von einem Naziskinhead, der dem „triosieme voie“ (Dritter Weg) und den „Jeunesses Nationalistes Révolutionnaires“ zuzuordnen ist, totgeprügelt. Dies geschah zu einer Zeit, als in Paris Großdemonstrationen gegen die Homoehe, die vom Klientel und Inhalt sehr stark an die Proteste der BildungsplangenerInnen in Stuttgart und an den jährlich stattfindenden Aufmarsch der PiusbrüderInnen in Freiburg erinnern, stattfanden. Diese Demos in Frankreich wurden von vielen rechten Gruppierungen genutzt, um sich anschlussfähig an konservative und ebenso durch und durch homophobe BürgerInnen zu zeigen. Im Anschluss an die Ermordung Clément Mérics zeigten sich (natürlich) alle Politiker*innen, auch Marie Le Pen empört. Taktisch durchdacht distanzierte sie von dem Mord und zeigte sich betroffen. Fernab der Öffentlichkeit ist hingegen eine enge Verbindung zwischen dem Front National und dem „Troisième voie“ zu beobachten. Als Reaktion auf den Mord an Clément Méric wurde sowohl der „Troisième voie“ als auch die Gruppierung „Jeunesses Nationalistes Révolutionnaires“ verboten. Dies ist natürlich zu begrüßen, doch reicht es bei Weitem nicht aus. Das wäre, als wäre nach dem Auffliegen des NSU die einzige geforderte Konsequenz ein erneutes Verbotverfahren der NPD. All dies ist und kann zwar ein Anfang sein, doch ist das Problem ein gesamtgesellschaftliches, das nicht mit ein paar Verboten behoben werden kann.

Allerdings ist die Situation nicht nur in Frankreich dramatisch. Auch in Griechenland – wie praktisch in ganz

Europa – sind, sicherlich auch befeuert durch die sogenannte Wirtschaftskrise, extrem rechte Gruppierungen am erstarken. Seit 2009 finden regelmäßig Angriffe von Nazis auf Migrant*innen und Linke statt und die Polizei greift meist nicht ein, sondern ist an Misshandlungen sogar oft selbst beteiligt. Dies verwundert nicht, sind doch unter Polizist*innen bis zu 50% Wähler*innen der extrem rechten Goldenen Morgenröte zu finden. Die Situation in Griechenland eskalierte letzten September als Nazis der Goldenen Morgenröte den Antifaschisten Pavlos Fyssa, der als Hip-Hopper unter dem Namen Killah P bekannt war, in Piräus (Athen) ermordeten. Die Polizei war, laut Zeug*innen sogar anwesend, griff aber bewusst nicht ein. Bei den anschließenden Soli-Kundgebungen hingegen wurde brutalst gegen die Demonstrierenden vorgegangen, viele wurden schwerst verletzt, ein Demonstrant verlor sogar ein Auge.

Ähnliche Tendenzen sind auch in Schweden zu beobachten. Am 14.12.2013 wurde eine antirassistische Demonstration in Stockholm von Nazis brutal angegriffen. Auch in Malmö gab es Angriffe von Nazis auf Linke. Im Oktober verübten Nazis dort einen Brandanschlag auf die linke Volkshochschule Kvarnby und am Abend des 8. März 2014 wurden linke Aktivist*innen, die sich auf dem Heimweg von einer Kundgebung anlässlich des internationalen Frauentages befanden, von Nazis teilweise lebensgefährlich verletzt – einer der Angegriffenen lag danach sogar im Koma.

Auch in Freiburg Übergriffe von Nazis

Doch auch hier in der Region gibt es immer wieder Angriffe von Nazis, über die von den Medien oft nur randständig berichtet wird. Im Oktober 2012 verübten Nazis beispielsweise einen Brandanschlag auf das besetzte Haus in der Gartenstraße 19. Und im Herbst 2011 überfuhr der Nazi Florian Stech einen Antifaschisten auf einem Parkplatz bei Riegel. Der Antifaschist wurde davon lebensgefährlich verletzt, doch Stech wurde sowohl beim ersten Prozess als auch beim Revisionsprozess freigesprochen. Über die Gerechtigkeit deutscher Rechtsprechung muss an

dieser Stelle wohl nichts mehr geschrieben werden. Einige Angriffe von Nazis konnten zum Glück schon im Voraus verhindert werden. So konnten die Pläne des Nazis Thomas Baumanns aus Lörrach, der Material für mehrere Kilo Sprengstoff bei sich deponiert und damit wohl einen Anschlag auf die KTS geplant hatte, schon im Voraus durch die Recherchearbeit der Autonomen Antifa Freiburg verhindert werden. Im Herbst 2013 wurden dann wiederum Bombenbauende Nazis aus der Region festgenommen werden. Bei Hausdurchsuchungen bei Robert Englisch, Sascha Hiller, Oliver Rösch und Karl Wurster wurden Sprengstoff, Chemikalien und eine schon fertiggestellte Bombe sichergestellt. Sie hatten wohl vor, mit einem Modellflugzeug eine Bombe auf eine Demonstration von Linken abzuwerfen.

All diese Beispiele allein aus dem letzten Jahr machen deutlich, dass die Ergebnisse der Europawahl nicht überraschen können. Das wichtigste, was wir aus all dem lernen können, ist, dass wir FaschistInnen, egal ob in unserer Region, Deutschland, Europa oder weltweit nicht ignorieren dürfen. Gemeinsam müssen wir uns aktiv für eine weltoffene, respektvolle Welt ohne Diskriminierung einsetzen. Eine bessere Welt ist möglich. Kein Fußbreit dem Faschismus!

Alex Mühlberg

(1) Eigentlich verwende ich die *-Form um nicht nur Frauen und Männer sondern auch Menschen die sich diesen Kategorien nicht zuordnen lassen (wollen) anzusprechen. Da die Ideologie von Nazis und Rechten auf einer Vorstellung von einer natürlichen Ungleichwertigkeit von Menschen und von einer polaren Geschlechtertrennung ausgeht und damit homophob und sexistisch ist, unterstelle ich diesen Menschen, dass sie sich aus der eigenen Logik heraus nur den beiden Konstrukten „Mann“ bzw. „Frau“ zuordnen (lassen).

Am Donnerstag, den 5. Juni findet um 18 Uhr am Bertholdsbrunnen eine Gedenkkundgebung für Clément Méric statt, dessen Ermordung durch einen Naziskinhead in Paris an diesem Datum ein Mal jährt.

No-Read-Area: Badische-Zeitung

Rassismus in Freiburgs Lokalpresse?

Seit Wochen hagelt es Briefe und Empörung von Flüchtlingsorganisationen; ein ganzes Bündnis hat sich gegen die angeblich rassistische Berichterstattung der Badischen Zeitung (BZ) gegründet und vergangene Woche haben 120 Menschen vor der BZ-Stadtredaktion demonstriert. Die BZ lässt verlauten, dass sie den „Rassismusvorwurf“ zurückweist.

Entsprechend stellt sich die Frage: Ist der Vorwurf des „Bündnisses gegen rassistische Zustände und Berichterstat-

über ein angeblich neues Kriminalitätsproblem um den Stühlinger Kirchplatz, das in den Artikeln mit einer gestiegenen Zahl von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen(1) in Verbindung gebracht wird.(2) Mit dieser Verknüpfung wird suggeriert, dass mit Flüchtlingen automatisch auch die Kriminalität steigt.

Außen vor bleiben in den meisten Artikeln wichtige Informationen: So handelt es sich in den meisten Fällen um bloße Vermutungen, die Polizei stellte klar, dass sie nur zum Teil solche Jugendliche

Zudem hat es die BZ versäumt falsche Daten einer Polizeistatistik, die sie veröffentlichte, zu berichtigen. Die Polizeistatistik, nach der es zu 259 Taschendiebstählen in den ersten vier Monaten des Jahres 2014 kam, musste um die Daten des Jahres 2013 bereinigt werden, wonach es sich korrekterweise um 147 Taschendiebstähle in den ersten Monaten dieses Jahres handelte.(5)

Im Pressekodex steht unter anderem auch, dass die Zugehörigkeit der Verdächtigen zu religiösen, ethnischen



Am Mittwoch, den 28. Mai demonstrierten rund 130 Menschen gegen die rassistische und tendenziöse Berichterstattung der Badischen Zeitung

tung“, in dem sich mittlerweile 16 Freiburger Gruppen zusammengefunden haben, um ihrer Forderung nach einem diskriminierungsfreien Journalismus’ Nachdruck zu verleihen, berechtigt oder weist die BZ auf eine lediglich in angemessener Form auf eine tatsächlich bestehende Problematik hin?

Am 18. April veröffentlichte die BZ den ersten einer langen Reihe von Berichten

verdächtig. Zudem geht es bei den Vorfällen, bei denen Flüchtlinge verdächtig werden, im Wesentlichen um kleine Diebstähle ohne Gewaltanwendung. Die Zahl der Körperverletzungen in Freiburg ist im Vergleich zum Vorjahr sogar um 25 % zurückgegangen.(3) Die vom Pressekodex des Presserats geforderte Unschuldsvermutung(4) wurde von der BZ größtenteils außer Acht gelassen.

oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt werden darf, wenn ein für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein notwendiger Sachbezug besteht. Auch hier bleibt offen, wie sich die BZ einen solchen begründbaren Sachbezug herleitete. Hätte sie eine Warnung für den Stühlinger Park oder die Innenstadt bei Nacht aussprechen wollen, hätte ein bloßer Hinweis auf die gestiegene Zahl an Raubüberfällen ausgereicht.

Der Hinweis, dass sich bei den Verdächtigen teilweise um Jugendliche aus nordafrikanischen Staaten handelt, führt zu einer Vorverurteilung von allen Jugendlichen, die auf Grund ihres äußeren Erscheinungsbildes als Geflüchtete aus nordafrikanischen Staaten wahrgenommen werden.

Dies widerspricht nicht nur dem Presserkodex und dem Leitbild eines rassismuss-freien Journalismus, sondern auch der Tatsache, dass es, auch wenn es oft behauptet wird, keinerlei Hinweise darauf gibt, dass Flüchtlinge öfters straffällig werden als andere Menschen.(6) Auch Versuche, dies durch Polizeistatistiken zu belegen, scheitert schon daran, dass in solchen Statistiken nur Tatverdächtige, nicht verurteilte Täter*innen, erfasst werden. Daraus könnte man lediglich schließen, dass Nichtdeutsche häufiger unter Verdacht geraten. Wenn nun aber, wie es in der Bundesrepublik Deutschland der Fall ist, prozentual mehr Menschen nichtdeutscher Herkunft und nichtdeutschem Aussehens kontrolliert werden, schlägt sich dies selbstredend auf die Polizeistatistiken nieder.(7)

Der BZ kann in diesem Zusammenhang nahe gelegt werden, dass Rassismus nicht nur die gewollte und bewusste Diskriminierung von Menschen ist, sondern dass Rassismus jede gewollte oder ungewollte, bewusste oder unbewusste Andersbehandlung aufgrund von Hautfarbe, Nationalität oder ähnlichem ist. Dieser Rassismus kann dabei genauso entwürdigend, genauso hetzerisch und genauso tödlich enden. Um dies nachvollziehen zu können, reicht in diesen Tagen ein kurzer Blick in die Kommentarspalte der BZ.

Um es kurz zu machen:

Ja, liebe BZ, Artikel, die Menschen unter Generalverdacht stellen, die solche hetzerischen Meinungen fördern, rufen rassistische Ressentiments hervor und sind einer der vielen Gründe für Angriffe auf Flüchtlinge und an den zum Vorjahr aufs doppelte gestiegene Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte.(8) So wurde beispielsweise am 19.Oktober vergangenes Jahr in Wehr bei Lörrach versucht, eine Flüchtlingsunterkunft in Brand zu setzen.(9)

Es soll hier nicht darum gehen, tatsächlich vorhandene Probleme im Stühlinger wegzureden, denn es gibt diese Problempunkte. Doch halten sich im Stühlinger Park schon immer die verschiedensten Gruppe auf, unter anderem auch, weil sie aus Kommerz- oder Prestigegründen aus der Innenstadt vertrieben wurden (Colombipark, Wiese vor dem KG II). Die Frage ist, wie solchen Problemen begegnet werden kann.

Die Lösung solcher Probleme ist mit Sicherheit nicht einfach. Fest steht jedoch, dass die Probleme nicht neu sind und vor allem nicht erst seit der vermehrten Ankunft minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge in Freiburg bestehen. Fest steht auch, dass an den Zustände vor denen Menschen fliehen, die deutsche und europäische Außenpolitik zumindest mit schuld ist.

„Artikel, die solche hetzerischen Meinungen fördern, rufen rassistische Ressentiments hervor“

Und schlussendlich steht auch fest, dass Kinder oder Jugendliche, die aus ihrem Heimatland vor Diskriminierung, Folter, Krieg oder Hunger ohne ihre Eltern fliehen, fast immer traumatisiert sind und Sozialarbeiter*innen ein Traumazentrum in Freiburg für nötig halten.(10) Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge brauchen demnach keine generalisierende und kriminalisierende Berichterstattung, sondern Solidarität und Unterstützung.

Das Antidiskriminierungs-Referat des AStA

Quellen und Verweise:

- 1) Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind Kinder oder Jugendliche, die ohne Begleitung eine*r Erwachsenen nach Deutschland geflohen sind.
- 2) <http://www.badische-zeitung.de/freiburg/freiburg-hat-ein-problem>
- 3) Polizeipräsidium Freiburg, Sicherheitslage Freiburg-Stühlinger und Freiburg-Altstadt, Lagebild; Stand 09.05.2014, AZ 1201.0
- 4) <http://www.presserat.de/pressekodex/pressekodex/>
- 5) Polizeipräsidium Freiburg, Sicherheitslage

Freiburg-Stühlinger und Freiburg-Altstadt, Lagebild; Stand 09.05.2014, AZ 1201.0

6) <http://www.proasyl.de/de/home/gemeinsam-gegenrassismus/fakten-gegen-vorurteile/>

7) Noah Sow, Deutschland Schwarz Weiss – der alltägliche Rassismus, S. 132

8) <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/hetze/>

9) <http://www.dok-maar.de/>, http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/ueberregional/baden-wuerttemberg_artikel,-Unbekannte-wollten-Asyl-und%C2%A0Obdachlosenheim-in-Brand-setzen-_arid,233085.html

10) Stellungnahme „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ von vier Sozialarbeiter*innen

Das Bündnis gegen rassistische Zustände

Gegen die tendenziöse Berichterstattung der Badisch Zeitung hat sich ein Bündnis gegründet, welches von 16 Organisationen getragen wird.

Darunter sind neben dem Referat gegen Faschismus und dem Antidiskriminierungsreferat des AStAs auch verschiedene Flüchtlingsorganisationen und Gemeinderat*innen.

Auch der Studierendenrat unterstützt das Bündnis.

Weitere Infos und Kontaktmöglichkeiten auf www.zustaende.blogspot.eu

Berta exklusiv:

Unbekleidete minderjährige Flüchtlinge gefährden Stadtfrieden - erste Erfolge des KOT

Die Ereignisse im Krisenherd Stühlingerpark überschlagen sich. Und noch mehr: unbekleidete minderjährige Flüchtlinge (UMF) wurden jüngst auch in weiteren Stadtteilen gesichtet. Die schlimmsten Befürchtungen Badischer Zeitungsleser*innen (BZL) scheinen wahr zu werden: nichtmal im Seepark ist man noch sicher!

Berta präsentiert hier exklusiv den Blaulichtreport des KOT:

+++ Folgeschwerer Irrtum aufgedeckt +++

FREIBURG - Der KOT (Karnevalesker Ordnungstrupp) hat am Wochenende einen folgenschweren Irrtum aufgedeckt: Bei den von der Badischen Zeitung (BZ) als „unbegleitete Flüchtlinge“ bezeichneten Jugendlichen handelt es sich in Wahrheit um unbekleidete Flüchtlinge.

Nachdem die unbekleideten Flüchtlinge vom Stühlinger Kirchplatz durch massive KOT-Präsenz vertrieben werden konnten, scheint sich das Problem jedoch in Richtung des Seeparks verlagert zu haben. Der KOT konnte auch hier bereits einen ersten Erfolg verzeichnen. So konnte am Sonntagabend ein unbekleideter Flüchtling, bei dem es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um einen Nordafrikaner handelt, in einem Vorgarten der Sundgauallee dingfest gemacht werden.

KOT Freiburg



In Nähe Seepark treiben sie einen Flüchtling



Der KOT nimmt die Verfolgung der UMF im Stühlingerpark auf



Erster Erfolg: Der KOT beweist seine Schlagkraft



Wachenden in die Enge

+++ KOT auf dem Augustinerplatz - Feierlustige ver- stört +++

FREIBURG Die jüngsten Gemeinderatswahlen haben es bestätigt: Freiburg will kostenlosen Spaß und öffentliche Geselligkeit nicht länger dulden! Die Befürworter*innen eines Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) haben weiterhin eine hauchdünne Mehrheit im Gemeinderat.

Der Karnevaleske Ordnungstrupp (KOT) hat dies als Bestärkung seines Einsatzes für „Ordnung/Sauberkeit/Disziplin“ bzw. „Ordnung/Ordnung/Ordnung“ genommen. Während der KOD noch auf sich warten lässt, greift der KOT bereits durch: so auch am 31. Mai, einem sommerlichen Samstag, um 21 Uhr 30.

Das schöne Wetter hatte bereits die üblichen Verdächtigen zum Augustinerplatz gelockt. Eine feierlustige Geburtstagsrunde, die übermäßig laut Happy Birthday gesungen hatte, konnte der KOT nur unter Androhung von Seifenblasenbeschuss und Klobürstenzüchtigung bezähmen.

Personalien wurden aufgenommen und Platzverweise ausgesprochen. Dabei wurden unter anderem Tröten, Feuerzeuge und Bieröffner sichergestellt, mit denen sich die offenbar spaßmilitante Gruppe bewaffnet hatte. Doch damit nicht genug! Der KOT ruhte sich nicht aus, sondern nahm sogleich noch den Kampf gegen die berüchtigten Lärmspitzen auf: Nachdem die „Säule der Toleranz“ sowie die Plateaumauer erfolgreich bestiegen worden waren, wehte hoch über dem gemäßigten Augustinerplatz die schwarz-rot-KOTene Flagge als Zeichen der Retro-Pression und Super-Supervision.

Die Feierlustigen wirkten hinreichend verstört. Nur wenige, besonders widerständige Subjekte mussten zusätzlich durch die Präsenz eines ungerührten preußischen Oberaufsehers zur Vernunft gebracht werden.

Nach getaner Arbeit marschierte der KOT erhobenen Hauptes wieder ab. Der Glanz der Pickelhauben schimmerte friedlich im Licht der Straßenlaternen.

Kontakt: kot-freiburg@posteo.de

KOT Freiburg

Humanität hat Vorrang?

Baden-Württemberg schiebt weiter Roma ab.

Wir setzen uns an der Seite der Flüchtlingsverbände, der Kirchen und anderer Initiativen für einen humaneren Umgang mit Flüchtlingen ein“, heißt es Koalitionsvertrag der grün-roten Landesregierung. Zwei Aktionen des Freiburger Forums aktiv gegen Ausgrenzung fordern die Landesregierung auf, den Worten Taten folgen zu lassen. Bei beiden Aktionen geht es um den Schutz von Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Serbien, Mazedonien, und Bosnien-Herzegowina: „Sichere Herkunftsstaaten“?

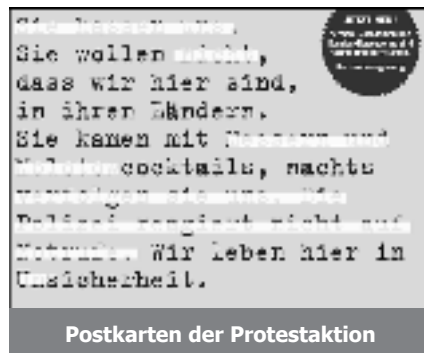
Am 30. April hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf beschlossen, nach dem Serbien, Mazedonien, und Bosnien-Herzegowina als „sichere Herkunftsstaaten“ eingestuft werden sollen. Dies hätte zur Folge, dass von vornherein vermutet wird, dass Asylanträge aus den genannten Ländern unbegründet sind. Außerdem wird eine gerichtliche Überprüfung von Asylablehnungen unmöglich gemacht, weil die Betroffenen in der Regel abgeschoben werden können, bevor das Gericht entscheidet.

Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen kritisieren den Gesetzentwurf scharf. In einem Appell, den zahlreichen BürgerInnenrechtsorganisationen, Rechtsanwaltsvereinigungen, Flüchtlingsräte sowie Sinti- und Roma-Verbände unterzeichnet haben, heißt es: „Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zielt allein darauf ab, die unerwünschten Roma möglichst rasch wieder in ihre Herkunftsstaaten abzuschieben, in denen sie systematisch diskriminiert und in vielen sozialen Belangen massiv benachteiligt und ausgegrenzt werden. Entgegen allen Beteuerungen der Bundesregierung, sich für die Roma-Minderheiten einzusetzen, bleibt die existenzbedrohende Lage von Roma in Südosteuropa ohne Konsequenz.“

Auch das UN-Flüchtlingskommissariat sowie das Deutsche Institut für Menschenrechte lehnen die Gesetzesände-

rung ab. Ein Gutachten des Asylrechts-Experten Dr. Reinhard Marx kommt zu dem Ergebnis, dass die Änderung nicht mit dem Grundgesetz und europarechtlichen Vorgaben vereinbar ist.

Das Gesetz muss sowohl vom Bundestag als auch vom Bundesrat beschlossen werden. Während die Zustimmung des Bundestags als sicher gilt, verfügen SPD und CDU im Bundesrat nicht über eine absolute Mehrheit. Spannend ist also, wie sich die Landesregierungen verhalten, an denen Linkspartei und Grüne beteiligt sind. In Baden-Württemberg hat die sozialdemokratische Integrationsministerin Bilkay Öney sich bereits positiv zur Gesetzesänderung geäußert. Der grüne Abgeordnete Daniel Lede Abal gehört hingegen zu den



Postkarten der Protestaktion

Kritikerinnen und Kritikern. Um Druck auf die Landesregierung aufzubauen, hat das Freiburger Forum ‚aktiv gegen Ausgrenzung‘ eine Postkartenaktion gestartet, mit der Ministerpräsident Winfried Kretschmann aufgefordert wird, im Bundesrat gegen das Gesetz zu stimmen.

Doch dabei will es das Freiburger Forum nicht belassen. In einem offenen Brief fordert es die Landesregierung darüber hinaus auf, Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen zu erteilen. Die erforderliche Rechtsgrundlage findet sich in § 23 des deutschen Aufenthaltsgesetzes. Danach kann das Landesinnenministerium einer bestimmten Gruppe ein Aufenthaltsrecht aus humanitären

Gründen erteilen. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestags hat dazu jüngst erläutert: „Das Tatbestandsmerkmal der ‚humanitären Gründe‘ betrifft Fälle, in denen zwar keine völkerrechtliche Verpflichtung besteht, Deutschland aber aufgrund besonderer Umstände eine

Humanitäres Aufenthaltsrecht aus historischer Verantwortung

Eine solche moralische Verpflichtung ergibt sich nach Ansicht des Freiburger Forum aus der historischen Verantwortung Deutschlands. Während der Zeit des Nationalsozialismus wurden hunderttausende europäische Roma umgebracht: Eine historische Schuld, die lange geleugnet, aber inzwischen auch von Bundes- und Landesregierung anerkannt wurde. Im Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Verband Deutscher Sinti und Roma, heißt es: „Die grausame Verfolgung und der Völkermord durch das nationalsozialistische Regime brachten unermessliches Leid über Sinti und Roma in unserem Land und zeitigen Folgen bis heute. Dieses Unrecht ist erst beschämend spät politisch anerkannt und noch nicht ausreichend aufgearbeitet worden. Auch der Antiziganismus ist noch immer existent und nicht überwunden.“

Solange aus der anerkannten Verantwortung keine praktischen Konsequenzen gezogen werden, bleiben solche Bekenntnisse genauso wie der Koalitionsvertrag mit dem proklamierten Vorrang der Humanität vor allem eins: Papiertiger. Roma werden weiter ins Elend abgeschoben.

David Werdermann

Protestpostkarten liegen u.a. im Studierendenhaus (Belfortstr. 24) aus. Der offene Brief kann unter www.freiburger-forum.net unterzeichnet werden.

Kontroverse um Berta #851

Kritik von Leser*innen am Titelbild

Das Coverfoto der vergangenen Ausgabe der Berta rief einige Reaktionen hervor, die die Redaktion auf die Darstellung von brennenden Juden auf dem Höllenbild in Hintergrund des Covers hinwiesen. Unter anderem erreichte uns ein Brief einiger Studierender, den wir hier abdrucken und kommentieren.

Liebe Redakteure der berta,

Das 12. Jahrhundert der christlichen Zeitrechnung erlebte, entgegen der landläufig eher negativen Wahrnehmung des Mittelalters, einen eindrucksvollen Aufschwung an kultureller und intellektueller Leistung. Durch die Wiederentdeckung antiker Kenntnisstände, verbunden mit der Verbreitung arabischer Gelehrsamkeit, konnten eindrucksvolle Kunstwerke geschaffen werden, auch im Bereich der Ausgestaltung von Büchern (Die sog. Miniaturen). Zu den aus unserer modernen Wahrnehmung heraus weniger angenehmen Aspekten dieser Epoche zählte die seit dem Beginn der Kreuzzugsbewegung vermehrte antijüdische Polemik, welche besonders von geistlichen Autoren bis in die frühe Neuzeit hinein verstärkt betrieben wurde. Sie fand ihren Niederschlag wiederum in der künstlerischen Produktion, unter anderem auch in den Miniaturen des Hortus Deliciarum der Äbtissin Herrad vom Kloster Hohenburg im Elsaß (Um 1175). Nun also zur Sache: Warum brannten auf der letzten Berta Juden im Höllenfeuer?

Die erste Frage, die wir uns stellen, ist, ob ihr euch die entsprechende Miniatur überhaupt einmal angesehen habt. Wenn ihr sie euch nicht angesehen haben solltet, bezeugt das ein sehr problematisches Verhältnis zur Google Bildersuche. Zudem lässt das auf einen sorglosen Arbeitsstil schließen, den man ansonsten nur von bebilderten Schmierblättern von Springer kennen könnte. Oder habt ihr sie euch angesehen und spontan gedacht „Kommt, lasst mal wieder nen Juden im Höllenfeuer brennen. Ich mein, ist ja alles witzig und so. Halt so mit Augenzwinkern. Ich mein die merken schon, dass wir das nicht so meinen. Die merken das schon, ohne dass in dem gesamten Heft auch nur ein einziges mal Titel und Titelbild kommentiert werden.“

Ja seid ihr jetzt die Neon? Hurra auf die hippe, postmoderne Zusammenhanglosigkeit? Gerade von einer Zeitschrift, die sich moralische Entrüstung zum Markenzeichen erkoren hat, darf man dann doch mehr erwarten. Gerade wer das weite Feld von alltäglicher Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus – vollkommen zurecht – so häufig beackert hat, sollte dann doch dazu in der Lage sein zwischen einem flapsigen Witzchen und blankem Chauvinismus zu unterscheiden.

PS: Geradezu bizarr wirkt es da, wenn auf der nächsten Seite direkt die Virulenz preußischer Tugenden beklagt wird.

Hochachtungsvoll,
Max Wohltmann
Sina Elbers
Albert Stoer
Patrik Pohl
Valentina Escherich
Lorenz Kammerer
Sebastian Petznick

Liebe Briefschreiber*innen, Liebe Leser*innen,

als wir von zahlreichen Seiten darauf hingewiesen wurden, dass auf dem Cover der vergangenen Ausgabe der berta (#851) eine Abbildung zu finden war, auf der Juden - wie im Brief geschrieben - im Höllenfeuer brannten, waren auch wir schockiert. Denn mit der Verwendung des Bildes wollten wir in keinsten Weise Gewalt in der Form affirmieren, dass sie verletzend wirken könnte oder antisemitische oder andere menschenverachtende Einstellungen reproduziert. Vielmehr ging es uns darum, darzustellen, dass wir uns in der gegenwärtigen Diskussionskultur an vielen Stellen an dunkle Zeiten zurück erinnert fühlten. Der Problematik, die eine Verwendung eines Höllenbildes aus dem 12. Jahrhundert mit sich bringen würde, waren wir uns – zumindest in diesem Maße – nicht bewusst. Umso mehr wollen wir uns an dieser Stelle

bei all denjenigen entschuldigen, die sich vom vergangenen Cover verletzt oder auch angegriffen fühlten. Doch entgegen den erhobenen Vorwürfen im Brief haben wir das Bild, unserem damaligen Wissen nach, überprüft, den Wikipedia Artikel des Bildes gelesen. Dabei sind wir auf keine derart problematischen Darstellungen und Assoziationen gestoßen, wie sie sich jetzt im Nachhinein zeigten.

Auch sollte jeder*m, welche*r sich mit den vergangenen Ausgaben der berta beschäftigt hat, wissen, dass wir weder ein Interesse an „flapsigen Witzchen“ - zumal auf Kosten von Menschen und Gruppen, welche von Seiten der Gesellschaft Gewalt erlebten und erleben – haben, noch, dass wir einem „blanken Chauvinismus“ nahe stehen. Nichts ist uns ferner als die heiter draufschlagende Koketterie mit Gewalt in Gegenwart und Geschichte. Sollte das Cover der vergangenen Ausgabe den gegenteiligen Schein, wie geschehen, erweckt haben, tut uns dies aufrichtig Leid.

Gleichzeitig würden wir uns wünschen, dass Diskussionen immer in einer solchen Weise stattfinden, dass beide Parteien sich – auch als denkende und empfindsame Menschen – wahrgenommen und ernst genommen fühlen. Menschen machen Fehler. Das vergangene Cover war ein solcher. Doch sollte Kommunikation, soll sie zur Verständigung, dem konstruktiven Zusammenwirken beitragen, nicht bei Schuldzuweisungen stehenbleiben. Ein Moment der Offenheit hingegen sollte sie immer wahren. Gerade, wenn sie sich doch der Kritik der gewaltvollen Gesellschaft verpflichtet sieht.

Liebe Grüße
Die Redaktion

Nightline goes Internet

Das Zuhörtelefon ist nun auch per Email zu erreichen

Zum Sommersemester 2014 führt die Nightline Freiburg das sogenannte „E-Mail-Listening“ ein und ist somit als deutschlandweit vierte Nightline auch online für die Studierenden erreichbar.

Mit dieser neuen Form des Zuhörens reagieren wir auf die sich ändernden Kommunikationsgewohnheiten der Studierenden, in deren Alltag die Online-Kommunikation einen immer größeren Stellenwert einnimmt. Vielen fällt es leichter, ihre Gedanken zu verschriftlichen, als sie verbal auszudrücken und sie erleben, dass sie ihre Situation durch die Strukturierung klarer sehen, als zuvor. So hoffen wir, unsere Zuhörerschaft zu vergrößern und auch Menschen zu erreichen, die sich den Griff zum Telefonhörer bis jetzt nicht trauten.

Die Kontaktaufnahme mit der Nightline Freiburg ist leicht und unkompliziert:

In einem eigens dafür eingerichteten, kostenlosen Online-Portal können sich die Studierenden ein Benutzerkonto einrichten und uns so ihre Nachrichten zukommen lassen. Die E-Mails werden dann von besonders geschulten Mitgliedern der Nightline immer zu zweit beantwortet. Somit wird gewährleistet, dass die Antworten in Inhalt und Ton angemessen sind und möglichst schnell an den Absender/in verschickt werden können. Während des gesamten Ablaufes bleibt für die Mitglieder der Name und die Adresse des Absenders/in unbekannt und auch die beendeten Nachrichten-Wechsel werden nach kurzer Zeit aus dem System gelöscht, sodass die Studierenden ihre Anliegen vollkommen anonym und sicher mitteilen können.

Genau wie unsere Arbeit am Telefon, so richtet sich auch unser neues Angebot nach den Grundsätzen der Vertraulichkeit, Nierderschwelligkeit und

Wertungsfreiheit. Wir bieten weiterhin eine Anlaufstelle für Studierende von Studierenden, in Form eines Kurzzeitangebotes.

Selbstverständlich sind wir in der Vorlesungszeit auch weiterhin telefonisch für die Studierenden unter der gewohnten Nummer 0761/203-9375 erreichbar. Zum neuen Semester haben wir unsere Anrufzeiten den Bedürfnissen der Anrufer/innen angepasst und sie auf die Zeit von 20:00 bis 24:00 verlegt.

Sollten Fragen oder Anregungen bezüglich des neuen Angebots des E-Mail-Listings oder der geänderten Anrufzeiten aufkommen, so sind wir über nightline.freiburg@gmail.com jederzeit erreichbar.

Wir freuen uns auf neue Anrufe und Nachrichten!

Nightline Freiburg

Must-gos!

Donnerstag, 5. Juni: Vortrag: Am Geld kleben - Kapitalismus und Antisemitismus, 20 Uhr Danach: Party mit Superdirt² und Classless Kulla (KTS, Baslerstr. 103)

Freitag, 6. Juni: 15 Uhr Umsonstflohmarkt (Gartenstr. 19); 18 Uhr Vortrag Kulturindustrie und Streetart (KTS); 20 Uhr Vortrag Datenschmutz post Snowden (KTS)

Samstag, 7. Juni: 14 Uhr Love or Hate Parade Treffpunkt: Johanneskirche; ab 21 Uhr Abschlussparty (KTS)

Sonntag 8. Juni: Queer Brunch (Studierendenhaus Belfortstr. 24, Regenbogen-Referat)

Dienstag 17. Juni: Filmeabend DDR und Homosexualität (HS 1010, Regenbogen-Referat)

Impressum

Berta #852, 05.06.2014 (42. Jahrgang), 16 Seiten, Auflage: 1000 Stück.

Druck: Druckwerkstatt im Grün

Redaktion und Layout: Eric Steinsberger (studlive, V.i.S.d.P.), Julian Zimmer, Hannes Hein, Thomas Seyfried

V.i.S.d.P. für Service: Julian Zimmer, c/o AStA Uni Freiburg (S. 15), Nightline (S. 14).

Kontakt: Berta, c/o AStA, Belfortstr. 24, 79085 Freiburg; Fon (0761) 203-2035; Fax (0761) 203-2034; presse@u-asta.de

Die Berta ist das offizielle Presseorgan des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) der Uni Freiburg. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des AStA wieder. Die Redaktion behält sich bei allen Manuskripten das Kürzen und den Zeitpunkt der Veröffentlichung vor.

Bilder: Titel, S. 10&11: KOT, S. 8: zustaende.blogspot.eu, S. 12: David Werdermann, alle Anderen: CC

AStA-Service (Telefon 203-2032, Fax -2034) – www.u-asta.de/service

Sekretariat info@stura.org

Mo-Fr 11-14 Uhr

Vincent Heckmann, Anne Schäfer, Hannes Hein

Hier kann mensch sich zur Rechtsberatung anmelden und erhält auch so manchen Tipp. Außerdem kann mensch so einiges erstehen (z.B. ISICs, Büromaterial, Zapatista Kaffee, ...)

EDV: Till Oßwald, Anna Tenberg - edv@u-asta.de

nach Vereinbarung

BAföG-Beratung: bafog-beratung@u-asta.de

nach Vereinbarung

Rechtsberatung:

Di, 14-16 Uhr

Bitte in der vorhergehenden Woche im Sekretariat anmelden!

Psychologische Beratung: Maria Richter psychologische-beratung@u-asta.de

nach Vereinbarung

Beratung für Studierende mit Kind studierenmitkind@u-asta.de

nach Vereinbarung

Konferenzen (Hieran kann jede*r Studierende teilnehmen und ist antrags- und redeberechtigt!) – www.u-asta.de/struktur

AStA (Konferenz der AStA Referate): vorstand@stura.org

Fr, 14 Uhr

StuRA (Studierendenrat): praesidium@stura.org

Di, 18 Uhr

Vorstand: Matthias Gornik, Rebecca Leins und Julian Zimmer- vorstand@stura.org

Mo-Fr 10-13 Uhr, Mo,Do 14-16 Uhr Tel: 203-2033

WSSK (Wahl-, Satzungs- und Schlichtungskommission): wssk@stura.org

nach Vereinbarung

Referate (Jede*r Studierende ist aufgerufen, sich in den Referaten zu beteiligen!) – www.u-asta.de/engagement/referate

Referat gegen Faschismus: gegenfaschismus@stura.org

Fr, 14 Uhr

Antidiskriminierungs-Referat: Michal Armbruster – leoni.michal.armbruster@gmx.de

noch offen

Außen-Referat: Anne Schäfer – außen@stura.org

nach Vereinbarung

Datenschutz-Referat: Vincent Heckmann referat-datenschutz@stura.org

Do, 15 Uhr

Finanz-Referat: Thomas Seyfried – finanzen@stura.org

nach Vereinbarung, Tel: 203-9648

StuRa Präsidium: Jonas Hermann, Leonard Frank – praesidium@stura.org

noch offen

Gender-Referat: Rebekka Blum – gender@stura.org

Mo, 20 Uhr,

HoPo-Referat: Lena Becker – referat-hopo@stura.org

Di, 16 Uhr

Internationale Studierende: Cedric Jürgensen

noch offen

Kultur-Referat: Georg Ostendorff – referat-kultur@stura.org

noch offen

Lehramt-Referat: Sara San – referat-lehramt@stura.org

Di, 17 Uhr

Referat für politische Bildung: Anna Tenberg – anna@u-asta.de

nach Vereinbarung

Presse-Referat (berta): Eric Steinsberger – referat-presse@stura.org

Do, 12 Uhr

Referat für Erasmus und Auslandsstudium: Simon Hartmann

nach Vereinbarung

Regenbogen-Referat: Fabian Wenzelmann – referat-regenbogen@stura.org

Mo, 20 Uhr, Rosa Hilfe

Studieren ohne Hürden: Andreas Hanka – referat-soh@stura.org

nach Vereinbarung

Umweltreferat: Sabrina Friedl – referat-umwelt@stura.org

Mo, 18 Uhr

Die neuesten Termine und weitere Infos findet ihr wie immer unter www.stura.org.



Potentiale aktivieren. Synergien nutzen.

Programm der Pinguinliste

Die Hochschulpolitik, insbesondere in Freiburg leidet an einem zentralen Symptom: Anstelle sich der Potentiale der Marktwirtschaft zu öffnen, beschränken sich die hochschulpolitisch „Aktiven“ auf selbstmitleidiges Gejammer. Wir, die Hochschulgruppe Pinguin stehen dagegen für eine zukunftsgerichtete, pragmatische Politik des Anpackens – frei von rückwärtsgewandter und unzeitgemäßer Ideologie hin zur Freilegung unternehmerischer Potentiale in Universität und Studentenschaft. Obwohl die Universität mitsamt der Studentenschaft die Öffnung hin zum Markt verschlafen hat, liegen in ihr schier unglaubliche Potentiale. Diese freizusetzen ist unser Ziel.

In unserem 7-Punkte-Programm fordern wir daher:

1) Effektive Nutzung der Nutzerdaten von UB und Mensen

Im Internet lassen sich enorme Preise mit den Nutzerdaten erzielen. Die Universität wie das Studentenwerk verfügt über umfangreiche Datensätze von über 20 000 Studenten. Wir fordern den Verkauf der Bibliotheksausleihdaten an Onlinebuchhändler wie Amazon sowie den Verkauf der Mensadaten über das von den Studenten verspeiste Essen an Supermärkte und Onlinehändler.

2) Ökonomische Nutzung von Werbeflächen

Sowohl auf Büchercovern, auf den Online Lernplattformen als auch an den Bibliotheksarbeitsplätzen finden sich Orte mit langer Kontaktzeit. Hier lässt sich teuer vermarktbarer Werbeplatz installieren. Weiter bieten die in der Universität installierten Beamer und Bildschirme an die Studenten rund um die Uhr, insbesondere in Vorlesungspausen, mit Werbespots zu erreichen. Auch hier sind enorme Einkommenspotentiale bislang völlig unerschlossen.

3) Zusatzprüfungen kostenpflichtig

Studenten, die nicht in der Lage sind, Prüfungen sofort zu bestehen, verursachen durch Nachholklausuren ungeheure Kosten. Es ist gegenüber leistungsstarken Studenten nur gerecht, wenn leistungsschwache für die durch sie verursachten Mehrkosten selbst aufkommen.

4) Generischer Maskulinum im AStA

Das generische Maskulinum bedeutet eine massive Kostenersparnis durch Tinteneinsparung bei der Erstellung und beim Druck von Dokumenten des AStA. Die aktuelle Sprech- und Schreibweise bedeutet unnötigen Mehraufwand und verursacht unnötige Kosten.

5) Ökonomische Nutzung der Universitätsgebäude

Für eine 24/7 Nutzung der Universitätsgebäude! Noch immer ist die Universität ein Ort des Müßiggangs und der kultivierten Faulheit und nicht mit den Ansprüchen der freien Wirtschaft kompatibel. Erst Vorlesungen um 4 Uhr morgens machen Studenten auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig.

6) Kostenpflichtige Toiletten

Die Toilettenreinigung verursacht massive Kosten. Gleichzeitig bieten Toiletten ein unerschlossenes Potential zur Generierung von Finanzmitteln für die Universität. Die Toilettenreinigung dient zudem als Einstieg in produktive Beschäftigungen für sonst wertlose Geisteswissenschaftler und verhilft zum Erwerb von Softskills.

7) Verkauf der Namensrechte der Universität

Verkauf der Namensrechte aller Räume, Mensen, Cafés, Gebäude. Für letztere schlagen wir den Verkauf an führende deutsche Zeitungen wie die FAZ und das Handelsblatt sowie die Exklusivnutzung durch deren Abonnenten vor.

Für eine effektive und ökonomische Universität und Studentenvertretung!

Für die unternehmerische Studentenschaft!

Darum: Am 24./25. Juni Pinguinliste wählen!